



Ulrich Kelber
Mitglied des Deutschen Bundestages
SPD-Fraktion

Bundeshaus Berlin

Platz der Republik 1 (UdL 50)
11011 Berlin
☎ (01888) 16 – 700 26 | bundesweit
☎ (01888) 16 – 760 08 | zum Ortstarif
✉ Ulrich.kelber@bundestag.de
www.kelber.de

Ulrich Kelber, MdB · Platz der Republik 1 · 11011 Berlin

Bürgerbüro Bonn

Clemens-August.-Str. 64
53115 Bonn
☎ (0228) 280 31 35
☎ (0228) 280 31 36
✉ Ulrich.kelber@wk.bundestag.de

Berlin, den 14. April 2004

– „Mehr Demokratie und Solidarität in der Europäischen Union“ fordert eine Gruppe jüngerer Abgeordneter der Parti Socialiste der Assemblée Nationale und der SPD-Bundestagsfraktion –

Berlin / Paris. Einunddreißig jüngere Abgeordnete der Parti Socialiste der Assemblée Nationale und der SPD-Bundestagsfraktion haben erstmals eine gemeinsame Position zur Zukunft Europas erarbeitet. In dem Positionspapier betonen die Jung-Parlamentarier die Unverzichtbarkeit von mehr „gelebter Demokratie und Solidarität“ in der sich erweiternden Europäischen Union. Dieses Plädoyer wird als Ausdruck der fruchtbaren deutsch-französischen Zusammenarbeit verstanden. Es fußt auf einem intensiven Dialog jüngerer sozialistischer und sozialdemokratischer Abgeordneter, die die politischen Herausforderungen der europäischen Integration angenommen haben.

„Gemeinsam treten wir für ein solidarisches, demokratisches und handlungsfähiges Europa ein. Mit unserem Beitrag stellen wir Ideen vor, wie Europa besser werden kann“, erklärt der Stellvertretende Europapolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Michael Roth MdB. Gemeinsam mit seinem französischen Abgeordneten-Kollegen Gaëtan Gorce hat Roth den Dialog initiiert.

Neben einer schnellen Umsetzung der Europäischen Verfassung fordern die Abgeordneten eine weitere Parlamentarisierung des verfassungsgebenden Prozesses und eine größere Europatauglichkeit der nationalen Parlamente. Die EU müsse sich gegenüber Bürgerinnen und Bürgern stärker als demokratische Antwort

auf die Chancen und Risiken der Globalisierung profilieren: „Europa ist ein gemeinsamer sozialer Raum.“

Neue innovative Methoden der Politikgestaltung für die EU sollen von der deutsch-französischen Partnerschaft getestet werden: „Denkbar wäre beispielsweise die Gründung eines gemeinsamen Ministeriums für Innovation, Forschung und Technologie“, heißt es in dem Papier. Aber auch bei der notwendigen Harmonisierung des Steuerrechts sehen die Parlamentarier die Chance, dass Frankreich und Deutschland eine bilaterale Vorreiterrolle einnehmen.

Eine weitere zentrale Forderung der Unterzeichner ist die Schaffung eines europäischen Parteiensystems. Die Sozialdemokratische Partei Europas (SPE) müsse von einer Plattform nationaler Positionen zu einer wahren europäischen Partei weiterentwickelt werden, um programmatische Zukunftskonzepte europaweit entwickeln zu können.

„Die deutsch-französische Verständigung hat bereits vielfach den Grundstock für die Umsetzung wichtiger politischer Vorhaben der Europäischen Integration legen können“, stellt Roth fest. Diese Chance wolle man auch zukünftig, in einer erweiterten Union nutzen.

Das gemeinsame Positionspapier wurde von folgenden Abgeordneten unterzeichnet:

<u>Französische Abgeordnete der Parti Socialiste, Assemblée Nationale:</u>	<u>Deutsche Abgeordnete der SPD-Bundestagsfraktion:</u>
Patrick Bloche Christophe Caresche Gaëtan Gorce Jean-Claude Beauchaud Jean-Louis Bianco Jean-Paul Chanteguet Martine Carrillon-Couvreur Jacques Floch Joël Giraud Paulette Guinchard-Kunstler Jérôme Lambert Christophe Masse Gilles Savary Philippe Vuilque André Vallini	Dr. Hans-Peter Bartels Marco Bülow Martin Dörmann Siegmund Ehrmann Kerstin Giese Michael Hartmann Nina Hauer Ulrich Kelber Caren Marks Dietmar Nietan Michael Roth Carsten Schneider Swen Schulz Rolf Stöckel Simone Viola Andreas Weigel